



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Medienspiegel Kalenderwoche 10 / 2015

- NZZ, 1.3.2015; Neues SVP-Programm verabschiedet
- NZZ, 28.02.15 Zumikon wehrt sich gegen altersdurchmisches Lernen
- 20 Minuten; 02.03.15: Anspruchsvolle Eltern lassen Lehrer verzweifeln
- Tagblatt, 3. März 2015, Streitfrage Sexualkunde
- Tagblatt, 3. März 2015, «Aufklärung ist Sache der Eltern»
- Tagblatt, 3. März 2015, Bundesrat setzt eine Frist im Sprachenstreit
- Bluewin 03.03.15 Lehrplan 21 bringt in Bern bis zu vier zusätzliche Mathestunden
- SSF, Lehrplan 21 – gescheitertes Reformwerk oder Basis einer globalisierten Schule?
- 20 Minuten, 04.03.2015, «Plüschvaginas überfordern Kinder»
- Tagblatt, 5. März 2015, Nationalrat lehnt Initiative gegen Sexualkunde ab
- Tagblatt, 5. März 2015, Politik aus dem «Sexkoffer»
- Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. Januar 2015 :Fremdsprachen sind wichtig
- 20 Minuten, 06.03.15; Im letzten Schuljahr wird gechillt
- Tagblatt, 7. März 2015, Rauchzeichen aus Nidwalden
- Ostschweiz am Sonntag, 8.3.15; Schulen müssen Ihre Stundenpläne anpassen
- Ostschweiz am Sonntag, 8.3.15; Der neue Routenplaner für die Volksschule

Sind Sie schon Mitglied in unserem Verein? Anmeldung an: info@starkevolksschulesg.ch

Unterstützen Sie unsere Bemühungen mit einem finanziellen Beitrag auf PC-Konto **61-562879-4** (IBAN: CH 48 0900 0000 6156 2879 4), für unsere Kinder - besten Dank

Jetzt unterschreiben:

<http://starke-schule-sg.ch/wp-content/uploads/Sammelbogen-und-Argumente-A4-gefaltet-21.2.2015.pdf>



**Zuerst Deutsch,
dann die
Fremdsprache**

Ja zum HarmoS Austritt!

Sekretariat Starke Volksschule SG | Bahnstr. 10 | 9422 Staad
Tel.: 071 563 18 83 | sekretariat@starkevolksschulesg.ch



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

NZZ, 1.3.2015; Neues SVP-Programm verabschiedet

«Kampf gegen Überregulierung»

Das neue Parteiprogramm enthält die bekannten Positionen und umfasst drei Schwerpunkte: Die Sicherung der Arbeitsplätze durch «tiefe Steuern, Abgaben und Gebühren für alle», eine «konsequente Ausländer- und Asylpolitik» sowie den Einsatz «für eine selbstbestimmte und unabhängige Schweiz ohne fremde Richter und Gesetze».

(sda) Die Genfer Nationalrätin Céline Amaudruz, der Berner Nationalrat Adrian Amstutz und Vizepräsident Christoph Blocher stellten die Schwerpunkte den 414 Delegierten und 150 Gästen vor.

Die Unternehmen müssten befreit werden von Ballast und vom Regulierungsdschungel, sagte Amaudruz. Ungerecht und unfair sei auch, dass mit der Revision des Radio- und Fernsehgesetzes eine neue Billag-Mediensteuer für alle Haushalte und Firmen eingeführt werden solle.

Amstutz sagte, es gebe neben der Europapolitik wohl keinen anderen Politikbereich, in dem die SVP mehr Bedeutung habe als in der Ausländer- und Asylpolitik. Wenn nötig, werde die Partei auch im Asylbereich wieder mit einer Volksinitiative aktiv. Es brauche mehr SVP, damit die Schweiz die Schweiz bleibe.

Der Chefstratege Christoph Blocher warnte, man wolle in Bern die Unabhängigkeit der Schweiz aufgeben. Die Schweiz werde schleichend in die EU geführt. Beim institutionellen Rahmenabkommen gehe es nämlich ungeschminkt um eine Anbindung der Schweiz an Europa. Es sei ein Staatsstreich im Gang.

Verhüllungsverbot neu im Programm

Das über 70-seitige Parteiprogramm 2015 bis 2019 trägt den Namen «SVP – die Partei für die Schweiz» und dient unter anderem als Basis für die eidgenössischen Wahlen im Herbst dieses Jahres. Von den 23 eingereichten Änderungsanträgen wurde rund die Hälfte angenommen.

So stimmten die Delegierten beispielsweise dem Antrag der Walliser SVP zu, das Verhüllungsverbot im öffentlichen Raum ins Parteiprogramm aufzunehmen. Keine Mehrheit fand hingegen ein weiterer Antrag der Walliser SVP: Dieser



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 St. Gallen
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

forderte, dass die Behandlung von Asylgesuchen aus Ländern, in denen Islamisten rekrutiert oder ausgebildet werden, ausgesetzt wird.

Den Antrag aller SVP-Bildungsdirektoren, den Lehrplan 21 im Parteiprogramm nicht zu bekämpfen, sondern lediglich kritisch zu begleiten, schmetterten die Delegierten nach zahlreichen Wortmeldungen deutlich ab. Der Lehrplan 21 solle weiterhin hart bekämpft werden, lautete der Tenor.

Neu ins Parteiprogramm nahmen die Delegierten die Forderung auf, beim Fremdsprachenunterricht die Landessprachen zu bevorzugen. Zudem soll die heutige Landeshymne beibehalten und an den öffentlichen Schulen gelernt werden.

Das neue Parteiprogramm 2015 bis 2019 wurde schliesslich von den Delegierten ohne Gegenstimme und mit Applaus verabschiedet.

Gegen den Mainstream

Drei kleine Geschichten, die motivieren sollten, nicht mit dem Mainstream zu gehen, gab SVP-Bundesrat Ueli Maurer den Delegierten zum Schluss der Versammlung mit auf den Heimweg. Er glaube, der Herdentrieb sei eine der grossen Gefahren für die Schweiz.

Das neue Parteiprogramm sei hervorragend für die Schweiz. Es sei aber erst ein Stück Papier. Die SVP müsse nun mit diesen Ideen zum Wahlkampf antreten. Die Partei habe den Mut, zur eigenen Meinung zu stehen. In den Augen des Verteidigungsministers braucht die Schweiz die SVP.

<http://www.nzz.ch/schweiz/neues-svp-programm-verabschiedet-kampf-gegen-ueberregulierung-1.18492601>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

NZZ, 28.02.15 Zumikon wehrt sich gegen altersdurchmisches Lernen



In Zumikon wird erneut Kritik am altersdurchmischten Lernen laut. (Bild: Christian Beutler / Keystone)

Über 1000 Personen unterschrieben im vergangenen Jahr eine Petition gegen das altersdurchmischte Lernen an der Schule Zumikon. Die Schulpflege versprach Verbesserungen, hielt aber am Modell fest. Nun formiert sich erneut Widerstand.

Fast jedes zweite Kind aus Zumikon hat mit 19 Jahren die Matura absolviert. Mit einer Gymnasialquote von 41,2 Prozent nimmt Zumikon in der jüngsten Statistik der Zürcher Bildungsdirektion den zweiten Platz ein. Noch höher ist der Anteil an Gymnasiasten nur noch in der Nachbargemeinde Zollikon, wo 44 Prozent aller Schüler das Gymnasium besuchen. Im Vergleich mit anderen Schulgemeinden fällt Zumikon aber nicht nur wegen dieses Spitzenwerts auf. Auffällig häufig ist die Schule auch Mittelpunkt von Auseinandersetzungen: Bereits 2007 hatten erboste Eltern den Rücktritt der gesamten Schulpflege gefordert, im vergangenen Sommer sorgte dann das altersdurchmischte Lernen für Widerstand (NZZ 8. 7. 14). Ein Elternkomitee, das die Rückkehr zum Jahrgangsunterricht forderte, sammelte im Nu über 1000 Unterschriften.

Lernen mit Gehörschutz

Folgen hatte die Aktion allerdings kaum. Die Schulleiterin, die das altersdurchmischte Lernen propagiert hatte, verlässt zwar die Schule, die Schulpflege hält aber am kritisierten Modell fest. Die Kritik der Eltern sei zwar zum Teil berechtigt, befand die Behörde. Die Probleme seien allerdings weniger auf das gewählte Schulmodell zurückzuführen als auf organisatorische und kommunikative Schwächen. Für altersdurchmischte Klassen sprechen aus Sicht der Schulpflege die Erkenntnisse einer Studie, die ihnen vor allem im sozialen Bereich Vorteile bescheinigt: Die Team- und Sozialkompetenz werde gefördert, die Kinder seien selbständiger, und es herrsche weniger Leistungsdruck. Für den schulischen Erfolg der Kinder sei das Modell dagegen weder förderlicher noch schädlicher als der herkömmliche Unterricht in Jahrgangsklassen.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Vonseiten der Eltern wurde dagegen moniert, dass der hochkomplexe Systemwechsel zu einer höheren Belastung der Lehrer und Schüler geführt habe und das Klima an der ganzen Schule belaste. Einer der Hauptkritikpunkte ist der markant höhere Lärmpegel an Schulen, wo altersdurchmisches Lernen praktiziert wird: Ein Leserbriefschreiber aus Zumikon befand jüngst, die Kinder könnten sich nicht einmal mit den zur Verfügung gestellten Gehörschutzgeräten richtig konzentrieren, so gross sei das Tohuwabohu in den Schulzimmern.

Mehr Transparenz

Tatsächlich ist die Schule Zumikon ein halbes Jahr nach den Protesten noch nicht zur Ruhe gekommen. Das nach wie vor aktive Petitionskomitee erhält die Forderung nach einer Rückkehr zu Jahrgangsklassen nach wie vor aufrecht. In diesen Tagen hat es eine Website aufgeschaltet, die Betroffenen und Interessierten als Forum dienen soll. Gleichzeitig hat es in alle Haushalte Flugblätter verteilen lassen. Fünf Jahre Erfahrung mit dem altersdurchmischten Lernen hätten gezeigt, dass sich das Unterrichtsmodell «im soziokulturellen Umfeld von Zumikon» nicht erfolgreich umsetzen lasse, schreibt das Komitee.

Kritisiert werden von betroffenen Eltern die Qualität des Unterrichts und die Unruhe in den Klassen. Zwar gebe es Lehrer, die problemlos mehrere Jahrgänge gleichzeitig unterrichten könnten, viele hätten aber Mühe mit der anspruchsvollen Aufgabe, weshalb sich der Unterricht schulisch am unteren Rand der jeweiligen Niveaus bewege. Vertiefung und Förderung kämen zu kurz, viele Kinder bekundeten beim Schulübertritt an das Gymnasium oder die Sekundarschule deshalb Mühe.

Neben der Rückkehr zu Jahrgangsklassen ist ein weiteres Ziel der Eltern die verbesserte Kommunikation zwischen Schulleitung, Behörden und Eltern. Laut Beat Schütz, dem Medienbeauftragten des Komitees, setzt man diesbezüglich grosse Hoffnungen auf den neuen Schulleiter. Gleichzeitig müsse aber auch der Austausch mit den Behörden verbessert werden. So seien zwar verschiedentlich Elternbefragungen durchgeführt, die Resultate aber nie publiziert worden. Dasselbe gelte für schulische Massnahmen. Die Entscheidung der Schulbehörde



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

für das Festhalten am Modell des altersdurchmischten Lernens beispielsweise müsse für die Eltern nachvollziehbar sein, sagt Schütz. Nur mit Transparenz lasse sich das Vertrauen der Eltern in die Schule wieder stärken.

<http://www.nzz.ch/zuerich/zumikon-wehrt-sich-gegen-altersdurchmisches-lernen-1.18492242>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten; 02.03.15: Anspruchsvolle Eltern lassen Lehrer verzweifeln

Die Beratungen von Lehrern im Kanton Luzern sind sprunghaft angestiegen – auch wegen schwieriger Eltern. Im Extremfall wird gar der Anwalt eingeschaltet.

277 Lehrer haben im Jahr 2014 Hilfe bei der Beratungsstelle der Luzerner Dienststelle für Volksschulbildung gesucht. Das sind 50 Beratungen mehr als im Vorjahr und so viele wie noch nie. Im Vergleich zum Jahr 2011 sind es gar 35 Prozent mehr. Eines der zentralen Themen der ratsuchenden Lehrer sind Probleme mit Eltern. Es geht um Mütter und Väter, die bei Konflikten oder Leistungsdefiziten ihrer Sprösslinge die Schuld beim Lehrer suchen, anstatt den eigenen Nachwuchs in die Pflicht zu nehmen.

«Die Bandbreite der Probleme nimmt zu, weil Eltern sich uneinsichtig zeigen», bestätigt Olivier Prince, Rektor an der Volksschule Ebikon LU zur «Zentralschweiz am Sonntag». Eltern würden sich immer häufiger einschalten, wenn Schüler ungenügende Noten schreiben. Laut Charles Vincent, Leiter der Dienststelle Volksschulbildung, werde im Extremfall schon nach der zweiten ungenügenden Note mit dem Anwalt gedroht.

«Lehrer leiden unter diesen zermürbenden Situationen»

Dies bestätigen auch Lehrerverbände anderer Kantone. Lilo Lätzsch, Präsidentin Zürcher Lehrerinnen- und Lehrerverbands (ZLV), hatte selbst im vergangenen Jahr Knatsch mit Eltern wegen Noten. «Im Nachhinein wurde eine Lösung gefunden», so Lätzsch. Dass Eltern versuchten, Druck auf Lehrer auszuüben, komme aber immer wieder vor. Lätzsch: «Es geht um Laufbahnentscheide und die Eltern wollen nur das Beste für ihr Kind.»

Von «zermürbenden Situationen unter denen Lehrer stark leiden», redet auch Martin Gatti, Präsident Lehrerinnen und Lehrer Bern. «Wir haben vor zwei Jahren darauf reagiert, weil bei einzelnen Laufbahnentscheiden die Konflikte so gross waren.» Wenn sich Lehrer und Eltern über die Einstufung des Schülers nicht einig werden, können Kinder nun an einer zentrale Stelle eine Übertrittsprüfung absolvieren. Diese Prüfung sei letztes Jahr zum ersten Mal durchgeführt worden. «Sie ist ein sehr gutes Mittel gegen schwierige Eltern», sagt Gatti.

Entwicklung am Arbeitsmarkt bereitet Eltern Sorge

Elisabeth Abbassi, Präsidentin Aargauischer Lehrerinnen- und Lehrer-Verband bestätigt, dass Eltern immer extremere Forderungen und Vorstellungen haben. In seltenen Fällen würden dazu auch Anwälte eingeschaltet. Für sie ist klar: Die Eltern sorgen sich mehr um die Leistungen der Kinder als früher, weil die Anforderungen gestiegen sind. «Viele Berufe, die nicht so eine hohe Bildung verlangen, fielen in den letzten Jahren weg», sagt sie. Weil die Zusammenarbeit mit den Eltern schwieriger sei als früher, nehme man dies bereits in der Ausbildung auf und bereite die künftigen Lehrer darauf vor.

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/21209399>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 3. März 2015, **Streitfrage Sexualkunde**

Morgen berät der Nationalrat über eine Volksinitiative, deren Ursprung im Jahr 2011 liegt. Als damals an Basler Schulen der sogenannte «Sex-Koffer» auftauchte, war die Aufregung in christlich-konservativen Kreisen gross. Nicht zuletzt, weil bald einmal viele Fehlinformationen im Umlauf waren. So wurde etwa suggeriert, dass Kindergärtler und Primarschüler mit Plüschvagas und Holzpenissen aufgeklärt werden sollen. Im April 2012 lancierte schliesslich ein Komitee aus bürgerlichen Politikern – vor allem SVP-Angehörigen – und Eltern die Volksinitiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule». Die Initiative will etwa in die Verfassung schreiben, dass freiwillige Sexualerziehung erst ab dem vollendeten neunten Lebensjahr erlaubt sein soll. Obligatorischer Unterricht soll erst ab dem vollendeten zwölften Lebensjahr im Rahmen von Biologie-Stunden erteilt werden. Darüber hinaus sollen Kinder und Jugendliche nicht gezwungen werden können, weiterführenden Sexualkundeunterricht zu besuchen. Der Bundesrat kritisiert die Vorschläge scharf. So seien Teile der Forderungen bereits heute erfüllt. Andere würden die Präventionsarbeit erschweren. Wieder andere griffen in die Schulorganisation ein.

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/schweiz-sda/Streitfrage-Sexualkunde:art253650.4146547>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 3. März 2015, «Aufklärung ist Sache der Eltern»



Sexualkundeunterricht polarisiert: Uneinigkeit besteht unter anderem darüber, wer ihn anbieten soll, wer ihn besuchen muss und was er zum Inhalt hat. (Bild: ky/Gaëtan Bally)

Nationalrat Sebastian Frehner (SVP/BS) kämpft an vorderster Front gegen den Sexualkundeunterricht.

Herr Frehner, Sie wollen mittels Volksinitiative Kinder vor einer angeblichen Sexualisierung im Kindergarten und der Primarschule schützen. Ist das überhaupt notwendig?

Sebastian Frehner: Natürlich, sonst hätten wir das ja nicht lanciert. Wir bekämpfen keine Phantome.

Gerade das wird Ihnen von den Gegnern der Initiative, unter anderem auch vom Bundesrat, vorgeworfen: Dass Sie ein Phantom bekämpfen.

Frehner: Das Bundesamt für Gesundheit (BAG) wollte 2011 einen flächendeckenden obligatorischen Sexualunterricht ab dem Kindergarten einführen. Ein Leitfaden dafür war bereits in Auftrag gegeben. In Basel-Stadt waren wir wohl so etwas wie das Versuchskaninchen mit den sogenannten Sexkoffern. Damit sollten Kindergärtler aufgeklärt werden. Es gab darin Sachen und Vorschläge, die einfach nicht stufengerecht waren. Wir haben gefunden: Nein, so wollen wir das nicht. Deshalb haben wir die Initiative lanciert.

Sexualerziehung soll laut Initiativtext Sache der Eltern sein. Das ist schon heute die Praxis, und auch mit dem Lehrplan 21 wird sich daran nichts ändern.

Frehner: Im Lehrplan 21 hat man zurückbuchstabiert, das stimmt. Doch die Pläne des BAG liegen noch nicht lange zurück, und sie waren mit den heutigen Rechtsgrundlagen möglich. Mit unserer Initiative setzen wir Leitplanken, auch für die Zukunft. Sonst kann das BAG jederzeit wieder kommen und einen entsprechenden Auftrag erteilen.

Ihr Initiativtext lässt viele Fragen offen. Die Begriffe sind nicht einheitlich, die Altersgrenzen nicht klar, die Umsetzung dürfte organisatorisch in den Schulen sehr schwierig werden. Man wird den Eindruck nicht los, dass diese Initiative als Drohgebärde für die Ausarbeitung des Lehrplan 21 gedacht war, die ihren Zweck schon erfüllt hat.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Frehner: Nein, das ist nicht so. Die vorgesehenen Leitplanken sind auch weiterhin wichtig, damit die Behörden wissen, woran sie sich zu halten haben.

Eine dieser Leitplanken hätte laut dem Bund zur Folge, dass gewisse Präventionsmassnahmen verunmöglicht würden. Etwa der Beizug externer Experten bei Themen wie Jugendschwangerschaft oder Schutz vor sexuell übertragbaren Krankheiten. Sie nehmen in Kauf, wirkungsvolle Prävention zu verhindern. Ist das in Ihrem Interesse?

Frehner: Natürlich nicht, das ist Blödsinn. Die Initiative sagt ausdrücklich, dass Präventionsunterricht ab dem Kindergarten möglich sein soll. Aber bitte stufengerecht. Vierjährige müssen nicht schon den Unterschied zwischen hetero- und homosexuell kennen.

Was stört Sie denn ganz grundsätzlich daran, dass der Staat Aufklärungsarbeit macht?

Frehner: Mein Grundsatz lautet: Das müssen die Eltern übernehmen. Ich bin ein liberaler Mensch und finde, dass das nicht die Sache des Staats ist. Er soll generell so wenig machen, wie es nötig ist. Das gilt auch für die Erziehung der Kinder. Ich wurde von den Eltern aufgeklärt, später sprach man in der Schule darüber. So soll das weiterhin sein.

Sie sind 41 Jahre alt, einiges hat sich verändert seit ihrer Kindheit. Etwa der Zugang zu sexuellen Inhalten. Muss die Schule nicht helfen, damit umzugehen?

Frehner: Das ist alles richtig, die Welt hat sich verändert, doch ich bleibe dabei: Das ist eine Aufgabe der Eltern.

Was passiert in den Familien, in denen die Eltern keine Zeit haben – oder die schlicht nicht gegen den Wissensvorsprung ihrer Kinder ankommen?

Frehner: Es ist eine Tendenz in unserer Gesellschaft, dass man sich immer an jenen orientiert, bei denen es nicht klappt. Betroffen sind aber immer auch die Mehrheiten, bei denen alles funktioniert. Zudem sieht die Initiative ja Sexualkunde ab dem neunten Schuljahr vor, einfach auf freiwilliger Basis.

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/schweiz-sda/Aufklaerung-ist-Sache-der-Eltern;art253650,4146545>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 3. März 2015, Bundesrat setzt eine Frist im Sprachenstreit



English oder Französisch - oder beide Sprachen? (Bild: Keystone)

Der Bundesrat gibt den Kantonen bis Mitte Juni Zeit, im Streit um den Fremdsprachenunterricht an der Primarschule eine einheitliche Lösung zu finden. An diesem bereits angekündigten Vorgehen werde man festhalten, sagte Bundesrat Alain Berset vor dem Ständerat.

Bereits am kommenden Sonntag entscheidet das Nidwaldner Stimmvolk, ob künftig an der Primarschule nur noch eine Fremdsprache unterrichtet werden soll. Bei einer Annahme der Initiative wäre die Harmonisierung gemäss dem Sprachenkompromiss der Erziehungsdirektorenkonferenz (EDK) infrage gestellt, schrieb Ständerat Urs Schwaller (CVP/FR) in einer Interpellation.

Allenfalls eingreifen

Er wollte vom Bundesrat wissen, welche Handlungsmöglichkeiten der Bundesrat in diesem Fall vorsehe. In seiner Antwort wiederholte der Bundesrat bereits früher gemachte Aussagen, er werde allenfalls eingreifen.

Dies, falls sich die Kantone nicht auf eine harmonisierte Lösung auf der Basis der Sprachenstrategie 2004 einigen könnten, die den Unterricht von zwei Fremdsprachen auf Primarstufe vorsieht. Insbesondere wehrt sich der Bundesrat gegen Bestrebungen, das Frühfranzösisch abzuschaffen respektive den Unterricht in einer zweiten Landessprache auf die Oberstufe zu verschieben.

Die kantonalen Erziehungsdirektoren wollen im Juni Bilanz zum Fremdsprachenunterricht ziehen und über das weitere Vorgehen entscheiden. "Bereits vor einem Jahr habe ich angekündigt, dass wir diese Bilanz abwarten, und das gilt immer noch", sagte Berset am Montag. Erst danach werde der Bundesrat entscheiden, ob er handle oder nicht.

Frühfranzösisch kippen?

Der Sprachenstreit schwelt seit längerem. In mehreren Deutschschweizer Kantonen laufen Bestrebungen, auf Primarstufe nur noch eine Fremdsprache zu unterrichten. Vor allem in der Westschweiz ist die Empörung gross, weil in gewissen Kantonen allenfalls der Französischunterricht auf die Oberstufe verschoben werden könnte.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

"Wenn einzelne Kantone die zweite Landessprache aus dem Primarschulprogramm kippen, muss der Bund einschreiten", sagte Schwaller. "Das ist eine rote Linie, die nicht überschritten werden darf. Die zweite Landessprache in der Primarschule ist nicht verhandelbar."

Darum sei er mit der Beantwortung seines Vorstosses nur teilweise zufrieden. "Ich hätte vom Bundesrat eine etwas klarere Aussage erwartet, wie lange er zuwarten will, bis er lange genug zugewartet hat."

Mehrere Ständeräte wiesen darauf hin, dass es in erster Linie Sache der Kantone sei, eine einheitliche Lösung zu finden. Ein Eingreifen des Bundes sei in der föderalistischen Schweiz immer heikel - aber allenfalls notwendig. (SDA)

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/schweiz-sda/Bundesrat-setzt-Frist-im-Sprachenstreit;art253650,4146487>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Bluewin 03.03.15 **Lehrplan 21 bringt in Bern bis zu vier zusätzliche Mathestunden**

sda

Primar- und Sekundarschüler im Kanton Bern werden ab dem Jahr 2018 zwischen zwei und vier zusätzliche Deutsch- und Mathematiklektionen pro Woche haben. Das sieht die Lektionentafel des Lehrplans 21 im Entwurf vor.

Gemäss diesem Entwurf sollen die bernischen Primar- und Sekundarschüler neu auch im Bereich Medien und Informatik unterrichtet werden. Das gab der bernische Erziehungsdirektor Bernhard Pulver am Dienstag an einer Medienkonferenz in Bern bekannt.

Zusammen mit Fachleuten und Lehrpersonen hat Pulvers Direktion in den letzten Monaten den Entwurf für die Lektionentafel für den Lehrplan 21 erarbeitet. Er geht nun bis Ende März bei schulnahen Organisationen und Verbänden in eine Vernehmlassung.

Pulver gab am Dienstag erstmals bekannt, welche Mehrkosten die Einführung des Lehrplans 21 für den Kanton Bern bedeutet: Die kantonale Erziehungsdirektion rechnet mit jährlich rund 22,4 Mio. Franken ab dem Moment, in dem der neue Lehrplan vollständig eingeführt ist.

Der Lehrplan 21 ist ein gemeinsames Projekt der 21 deutsch- und mehrsprachigen Kantone der Schweiz und gilt für die Volksschule, also vom Kindergarten bis zum Ende des 9. Schuljahrs. Er legt fest, über welche Kompetenzen jeder Schüler und jede Schülerin zu einem bestimmten Zeitpunkt verfügen soll.

Ziel des Lehrplans 21 ist, die Lehrpläne der 21 Kantone zu harmonisieren.

<http://www.bluewin.ch/de/news/regional/region-bern/2015/3/3/lehrplan-21-bringt-in-bern-bis-zu-vier-zusaetzliche.html>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Lehrplan 21 – gescheitertes Reformwerk oder Basis einer globalisierten Schule?

Wird aus dem Lehrplan 21 ein Lehrplan 5? Werden ihn schliesslich nur fünf Kantone einführen, wie es die Basler Ständerätin Anita Fetz befürchtet? Diese Frage stellt sich angesichts des grossen Widerstandes gegen das Reformwerk. Worauf gründet die grosse Aufregung?

(SSF/im.) Die Macher des Lehrplans haben mittlerweile nicht nur Eltern und Kirchenvertreter gegen sich aufgebracht, sondern auch Politiker, Bildungsexperten und viele Lehrkräfte. Allzu blauäugig integrierten sie trendige ideologische und bildungswissenschaftliche Trends in das Reformwerk. Beispiele sind progressive Ideen zur Sexualerziehung, verbunden mit Genderismus sowie die völlige Gleichsetzung von Religionen ohne Berücksichtigung der kulturellen und gesellschaftlichen Werte, die unsere Gesellschaft bis heute prägen und stützen.

„Bürokratisches Monster“

200 Bildungsfachleute haben es in acht Jahren geschafft, ein Werk zu kreieren, das jetzt als bürokratisches Monster beschimpft wird und dem die Alltagstauglichkeit im Schulzimmer abgesprochen wird. Hinter dem Lehrplan stecke ein technokratisches Menschenbild, kritisiert zum Beispiel der Sekundarlehrer und Bildungsfachmann Hanspeter Amstutz in einem Beitrag der Zeitschrift „Beobachter“ vom 20. Februar. Und Ralph Fehlmann, Fachdidaktiker an der Universität Zürich, bekennt darin, nach der Lektüre des Lehrplans 21 eine schlaflose Nacht verbracht zu haben. Er kritisiert insbesondere die Zerlegung des Stoffs in die 363 Einzelkompetenzen. So zerfalle „die Gestalt des Unterrichts irgendwann zu Staub“. Fehlmann kritisiert insbesondere die Absicht, Kompetenzen von Wissen zu trennen. Das sei eine entschieden falsche Stossrichtung und diene dem Ziel, den Lernerfolg objektiv vermessen, statt die Schüler fördern zu wollen. Ganz im Sinne der Pisa-Ratings.

Laut den Ideen der Lehrplan 21-Macher sollen Schüler sich das Wissen weitgehend selbst aneignen und dabei vom Lehrer und der Lehrerin lediglich gecoacht werden. Dies führt aber, so die Befürchtung der Praktiker, zu einer Isolierung der Schüler und macht es unmöglich, dass schwächere auch mal von stärkeren Schülern lernen. Zu befürchten ist somit, dass gerade schwächere Schüler auf der Strecke bleiben.

Vom „Schreibtisch der Pädagogik-Industrie“



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Ist der Lehrplan 21 ein Werk von weltfremden Theoretikern im Elfenbeinturm? Die Reaktionen lassen darauf schliessen, dass sie bei ihrer achtjährigen Arbeit kaum den Kontakt zur Schulalltags-Realität gesucht haben. Hanspeter Amstutz spricht jetzt von einer neuen „Schreibtisch-Erfindung der Pädagogikindustrie“, die wie schon frühere von der Realität korrigiert werden muss. Wie weltfremd hier operiert wurde, illustriert ein Beispiel aus der Religionskunde. Im ersten Entwurf hätten Schüler nach dem zweiten (!) Schuljahr in der Lage sein sollen, „Feste verschiedener Religionen anhand der Bräuche und Erzählungen zu erläutern sowie kulturelle Unterschiede zu analysieren“. In der zweiten Fassung wird eine ähnliche Zielformulierung auf das sechste Schuljahr angelegt: „Schüler können Hauptfeste verschiedener Religionen anhand ihrer Bräuche und Erzählungen erläutern und miteinander vergleichen (Weihnachten, Ostern, Fasnacht, Pessach, Ramadan, Holi, Divali)“. Immer noch ein ganz schön anspruchsvolles Ziel!

Leidenschaftliche Lehrer oder Coaches aus Hamburg?

In seiner Analyse weist der Beobachter auch auf die Rolle des Lehrers hin, ein Kernanliegen auch von Hanspeter Amstutz. 2008 hat der neuseeländische Bildungsforscher John Hattie anhand von zahllosen Studien und Analysen ein Buch mit dem Titel „Visible Learning“ veröffentlicht. Es wurde zu einem pädagogischen Standardwerk moderner Pädagogik und beschreibt, wie es zum Lernerfolg kommt. Das Resultat wirkt so trivial wie einleuchtend: Es kommt auf den Lehrer und die Lehrerin an, der „mit Leidenschaft bei der Sache ist“, so Hattie. Der auf Messbarkeit von Kompetenzen angelegte und abgehoben wirkende Lehrplan scheint gerade diesen Lehrpersonen die Arbeit nicht einfacher zu machen.

Vor der Abschaffung der öffentlichen Schule?

Die Stellungnahme des Dachverbandes der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer (LCH) lässt tief blicken. Offiziell unterstützt der Verband das Regelwerk und bezeichnet es als „nützlich“ für alle, die mit Schule zu tun haben. Gleichzeitig gibt das Statement von Jörg Brühlmann, Leiter der Pädagogischen Arbeitsstelle LCH, zu denken, der anfügt, die „Globalisierung“ von Kompetenzen durch ihre Loslösung aus dem kulturellen und gesellschaftlichen Kontext könne die Privatisierung der Schulen fördern. Dies fördere die Privatisierung der Schule. So sei in Zukunft denkbar, dass ein Lehrer aus Hamburg, angestellt von einer internationalen Firma, in Zukunft problemlos Schweizer Schulkinder via Skype coachen kann, jedes gemäss seinem individuellen Tempo. So gesehen könnten nach dem Urteil der Basler Ständerätin Anita Fetz wohl bald öffentliche Schulzimmer abgeschafft, Schweizer Lehrpersonen durch billigere ausländische ersetzt und damit viel Geld gespart werden.



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Momentan formiert sich in den Kantonen eine Allianz gegen den Lehrplan 21 als „bürokratisches Monster“. In einigen Kantonen sind Volksinitiativen bereits zustande gekommen, in andern werden Unterschriften gesammelt oder Volksinitiativen vorbereitet. Das Reformwerk dürfte damit das Ziel einer inhaltlichen Harmonisierung der Schweizer Schulen verfehlen.

<http://www.familieistzukunft.ch/details/2015-03-03-lehrplan-21-gescheitertes-reformwerk-oder-basis-einer-globalisierten-schule/fbfe04a46f183f701cc1b4c739b71000/>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten, 04.03.2015, «Plüschvagas überfordern Kinder»

SVP-Nationalrat Sebastian Frehner warnt vor der «Sexualisierung im Kindergarten». Heute entscheidet der Nationalrat.

Herr Frehner, heute debattiert der Nationalrat über Ihre Initiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule». Was haben Sie gegen Sexkoffer, Plüschvagas und Holzpenisse als Aufklärungsinstrumente im Kindergarten ?

Frehner: Solche Aufklärungsinstrumente im Kindergarten zu verwenden, ist nicht altersgerecht. Plüschvagas oder Holzpenisse überfordern die Kinder. Sexualekundeunterricht hat im Kindergarten nichts verloren. Deshalb soll erst ab neun Jahren ein freiwilliger Unterricht stattfinden und mit 12 Jahren soll dann jedes Kind am obligatorischen Biologieunterricht teilnehmen. Mit der Initiative wollen wir die Kinder schützen.

Sexualpädagogen sind der Meinung, dass ein frühzeitiger Sexualekundeunterricht Kinder vor sexuellen Übergriffen schützen soll ...

Deshalb fordert die Initiative ja auch, dass es schon im Kindergarten Präventionsunterricht geben soll. Darüber hinaus ist aber die Sexualeklärung Sache der Eltern.

Kritiker bemängeln, dass alle Eltern mit ihren Kindern über Sexualität sprechen würden

...

Natürlich gibt es Eltern, die ungenügend aufklären. Aber es gibt auch in anderen Bereichen Eltern, die ihre Erziehungsaufgaben ungenügend wahrnehmen, nicht nur bei der Aufklärung. Es wäre falsch nur wegen einer Minderheit, die ihr Kind nicht richtig aufklärt, allen einen obligatorischen Aufklärungsunterricht aufzuzwingen.

Weiter wird kritisiert, dass Kinder schon im Kindergarten mit Sexualität konfrontiert werden, zum Beispiel wenn sie auf dem Pausenplatz Pornos auf Smartphones anschauen. Leben die Initianten in einer Märchenwelt?

Nein, wir leben nicht in einer Märchenwelt. Wir glauben einfach, dass jedes Kind unterschiedlich ist: Einige Kinder wissen schon früh sehr viel, während sich andere erst später für das Thema Sexualität interessieren. Deshalb soll es Sache der Eltern sein, zu merken, wann das Bedürfnis nach Aufklärung vorhanden ist und wie gross dieses ist. Wir finden, es wäre falsch, alle Kinder über den gleichen Kamm zu scheren.

Heutzutage geben Jugendliche ihre Freundinnen gegen Geld an Kollegen für sexuelle Dienste weiter. Wäre, um solches zu vermeiden, eine frühe Auseinandersetzung mit Sexualität nicht vorteilhaft?

Doch, ganz genau. Deshalb fordert die Initiative ja auch Präventionsunterricht schon ab dem Kindergarten, doch dafür braucht es keine Plüschvagas.

*[Sebastian Frehner](#) ist SVP-Nationalrat und Co-Präsident des Initiativkomitees der Initiative zum Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschulen.

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/20873391>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 5. März 2015, Nationalrat lehnt Initiative gegen Sexualkunde ab

BERN. Die Volksinitiative «Schutz vor Sexualisierung in Kindergarten und Primarschule» ist im Nationalrat durchgefallen. Die grosse Kammer sprach sich mit 134 zu 36 Stimmen und 12 Enthaltungen gegen die Initiative aus. Nur die SVP-Fraktion äusserte Sympathien für die Forderung, die Sexualerziehung zur alleinigen Sache der Eltern zu erklären.

Sache der Eltern

«Die Initiative will ein Problem lösen, das gar nicht existiert», sagte Chantal Galladé (SP/ZH) im Namen der vorberatenden Bildungskommission. Die Sexualerziehung sei schon heute Sache der Eltern, werde aber vom schulischen Unterricht ergänzt. Gemäss der Initiative soll Sexualkunde in der Schule erst ab dem vollendeten neunten Altersjahr unterrichtet werden dürfen, «Unterricht zur Prävention von Kindesmissbrauch» wäre aber schon ab dem Kindergarten möglich. Danach soll der Sexualkundeunterricht noch bis zum vollendeten zwölften Altersjahr freiwillig sein und nur vom Klassenlehrer erteilt werden.

Damit ergäben sich praktische Schwierigkeiten, wenn Kinder unterschiedlichen Alters in einem Klassenzimmer sässen, sagte Galladé. «Auch die Initianten konnten uns hier keinen Lösungsansatz liefern.» Gemäss den Initianten werden die Kinder hierzulande in Kindergärten und Primarschulen «immer häufiger mit Pornographie und Sexualkundeunterricht belästigt». Dabei spürten die Eltern wohl am besten, wie viel das Kind über Sexualität erfahren wolle, sagte Verena Herzog (SVP/TG). Eine zu frühe Konfrontation mit dem Thema habe psychische Probleme zur Folge.

Es gebe keine Studien, die den Nutzen eines frühen Sexualkundeunterrichts belegten, sagte der Basler SVP-Nationalrat Sebastian Frehner. Er ist Co-Präsident des Initiativkomitees, in dem SVP-Parlamentarier wie Toni Bortoluzzi, Oskar Freysinger und Peter Föhn, aber auch der CVP-Nationalrat Jakob Büchler sitzen.

Der Koffer des Anstosses

In aller Munde war bei der Debatte gestern der sogenannte «Sex-Koffer» – auch wenn dieser schon längst wieder verschwunden ist, wie Maja Ingold (EVP/ZH) bemerkte. Der besagte Koffer war in baselstädtischen Schulen zum Einsatz gekommen. Er enthielt Material für den Sexualkundeunterricht, an dem sich konservative Kreise aufrieben. Ausserdem war er Anstoss für die Initiative. Nun muss sich noch der Ständerat mit der Initiative befassen. (sda)

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/tb-in/Nationalrat-lehnt-Initiative-gegen-Sexualkunde-ab;art120101,4149148>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 5. März 2015, Politik aus dem «Sexkoffer»

KOMMENTAR

CHRISTIAN KAMM

Die Frage, was gute Sexualkunde ist, dürfte nicht weniger umstritten sein, als jene, was guter Sex ist. In beiden Fällen wird von Extremlösungen abgeraten: Weder sollten wir, von Meinungsverschiedenheiten frustriert, vom Sex lassen, noch die Sexualaufklärung faktisch aus der Schule verbannen. Letzteres will eine Volksinitiative: Bis zur Volljährigkeit soll es keinen obligatorischen Sexualkundeunterricht mehr geben.

Was sich hier abspielt, ist exemplarisch für den Zustand der direkten Demokratie in Zeiten des grassierenden Populismus. Zuerst wird die Öffentlichkeit mit überspitzten Medienberichten über «Sexkoffer» als Unterrichtsmaterial aufgeschreckt. Prompt folgt die politisch-populistische Überreaktion: Statt an Fakten orientiert zu diskutieren, ob und weshalb hier allenfalls übermotivierte Sexualpädagogen übers Ziel hinaus geschossen sind, wird das Kind mit dem Bade ausgeschüttet. Fundamentalistische Kreise, notorische Schulkritiker und Lehrplangegner wittern ihre Chance und wollen den Sexualkundeunterricht aus der Schulwelt schaffen. Das darf ihnen keinesfalls gelingen.

In Zeiten von inflationär verbreitetem, explizitem Anschauungsmaterial braucht es, wenn schon, mehr Sexualkundeunterricht und sicher nicht weniger. Natürlich kann man argumentieren, die Aufklärung der Kinder sei Sache der Eltern. Das sieht die heutige Gesetzeslage übrigens auch so. Nur: Wieso kein Miteinander von Erziehungsverantwortlichen und Schule, wieso denn dieses ideologisch aufgeladene «Ohne dich, Schule»? Eltern, die auch Sexualaufklärer aus Leidenschaft sind: Bitte vortreten! In Tat und Wahrheit sind alle froh, wenn sie, mit diesen Fragen konfrontiert, nicht völlig allein gelassen werden. Und etwas Professionalität in Ergänzung zur berühmt-berüchtigten «Blüemli-Bienli-Pädagogik» ist fraglos ein Gewinn.

Ob es (notabene erst auf der Oberstufe) gleich Plüsch-Genitalien sein müssen – darüber kann man wieder trefflich streiten. Aber kaum darüber, dass die Schule nicht nur sicherstellen darf, sondern vielmehr muss, dass jedes Kind Nein zu sagen lernt, wenn ihm etwa eine Berührung unangenehm ist. Zwar ist in der Welt der Aufklärungs-Idylliker für Eltern, die ihren Job nicht machen, kein Platz. In der realen Welt aber gibt es sie.

christian.kamm@tagblatt.ch

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/tb-in/Politik-aus-dem-Sexkoffer:art120101.4149152>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Schriftliche Antwort der Regierung vom 27. Januar 2015 : **Fremdsprachen sind wichtig**

Die CVP-EVP-Fraktion erkundigt sich in ihrer Interpellation vom 25. November 2014 im Zusammenhang mit der Grundsatzdebatte zum Fremdsprachenkonzept auf der Primarstufe und der bevorstehenden Einführung des Lehrplans 21 für die Volksschule nach dem Stand der Umsetzung des Fremdsprachenkonzepts sowie nach möglichen Anpassungen in Bezug auf die Weiterbildung der Lehrpersonen, die Beurteilung in den Fremdsprachen und die Einführung von Wahlpflichtfächern auf der Primarstufe.

Die Regierung antwortet wie folgt:

Seit dem Schuljahr 2008/09 werden im Kanton St.Gallen in der Primarschule zwei Fremdsprachen unterrichtet. Auf der Grundlage der Interkantonalen Vereinbarung über die Harmonisierung der obligatorischen Schule (sGS 211.41; abgekürzt HarmoS-Konkordat), welcher der Kanton St.Gallen mit Abstimmung der Stimmbürgerinnen und -bürger beigetreten ist und die unter anderem auch die unter den Kantonen ausgehandelte Sprachenstrategie (Strategie, wann welche Sprachen unterrichtet werden) verankert, wird im Kanton St.Gallen Englisch ab der dritten Klasse und Französisch ab der fünften Klasse unterrichtet. Schon vor der Umsetzung der Fremdsprachenstrategie hatten sich Stimmen gemeldet, die eine mögliche Überforderung der Lernenden durch zwei Fremdsprachen befürchteten. Der Erziehungsrat hat bereits im Jahr 2010 die Bedenken aufgenommen und das Amt für Volksschule eingeladen, verschiedene Massnahmen zu prüfen, welche die Umsetzung der Sprachenstrategie begleiten sollen. Zu den Massnahmen des Kantons gehören insbesondere Handreichungen zum Umgang mit Schülerinnen und Schülern mit besonderen Bedürfnissen. Die Regierung vertritt – wie wiederholt dargestellt – die Auffassung, dass das HarmoS-Konkordat und mit ihm die Sprachenstrategie auch in Zukunft vollzogen werden sollen. Der Erziehungsrat klärt als Ergänzung zu den bereits umgesetzten Massnahmen aktuell Wege für eine noch bessere Unterstützung des Französischunterrichts in der Primarschule ab. Dabei steht eine intensive Weiterbildung der Lehrpersonen in Bezug auf die unerlässlich anzuwendende zeitgemässe Methodik und Didaktik im Vordergrund. Ziel ist es, eine hohe Qualität und breite Akzeptanz des Französischunterrichts sowie letztlich des Fremdsprachenunterrichts allgemein sicherzustellen. Die Regierung hat bereits in ihrer Antwort vom 20. April 2010 auf die Interpellation 51.10.23 «Englisch und Französisch auf der Primarstufe – wie weiter?» zum Thema Dispensation Stellung genommen. Im Antrag der Regierung zur Motion 42.11.17 «Dispensationsmöglichkeit auch auf der Primarschulstufe» vom 27. April 2011 hat sie dargelegt, dass die Schulen bereits heute über eine breite Palette von Möglichkeiten verfügen, um bei den einzelnen Kindern der Überforderung respektive dem Verlust der Lernmotivation entgegenzuwirken. Diese Palette soll weiterentwickelt werden. In diesem Zusammenhang wurden auch die Pädagogischen Kommissionen des Erziehungsrates zur Thematik der Beurteilung und Promotion in den Fremdsprachen befragt. Die Regierung verabschiedete am 12. August 2014 den Bericht 40.14.04 «Perspektiven der Volksschule 2014» zuhanden des Kantonsrats. Der Bericht gibt einen Überblick über die laufenden Geschäfte und Vorhaben im Bereich der Volksschule, zeigt deren Vernetzung auf und gibt einen Ausblick auf die weitere Entwicklung. Dazu gehört auch eine Berichterstattung zur aktuellen Situation und zu den Entwicklungsperspektiven des Fremdsprachenunterrichts, namentlich in der Primarschule.

Zu den einzelnen Fragen:

1. Den Lehrpersonen wird bei der Einführung des neuen Französisch-Lehrmittels «dis donc!» für die 5. bis 9. Klasse eine intensive Weiterbildung angeboten werden, in der die verschiedenen Vorkenntnisse berücksichtigt werden. Die Weiterbildung wird gestaffelt und auf verschiedenen Ebenen stattfinden. Einerseits wird im Zusammenhang mit dem Lehrplan 21 die Kompetenzorientierung anhand dieses neuen Lehrmittels in Workshops exemplarisch erklärt, andererseits wird in Ateliers vertieft auf dieses Lehrmittel und vor allem die Mehrsprachendidaktik eingegangen. Gerade Lehrpersonen, die auf der Mittelstufe ausschliesslich Französisch unterrichten, sollen schwerpunktmässig im Bereich der Didaktik weitergebildet werden. Im Vordergrund steht dabei die Stärkung der mündlichen Kompetenzen. Das Weiterbildungskonzept sieht vor, die Weiterbildung von Lehrpersonen (Pflichtbereich), die Französisch erteilen, wie folgt zu organisieren: Für Lehrpersonen, die bereits die Englisch-Nachqualifikation absolviert und somit in



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

der allgemeinen Fremdsprachendidaktik ausgebildet sind, ist ausschliesslich eine Weiterbildung zum neuen Lehrmittel geplant. Für Lehrpersonen, welche die Englisch-Nachqualifikation noch nicht absolviert haben, ist nebst der Einführung ins Lehrmittel ein genereller Weiterbildungsblock zur Fremdsprachendidaktik vorgesehen. Damit kann eine bei der Aus-/Weiterbildung der Lehrpersonen zum Teil noch bestehende Lücke geschlossen werden.

2. Die beiden Fremdsprachen Englisch und Französisch haben derzeit je zu einem Zwölftel Anteil an der Promotionssumme. Die Sprachnote, die ein Drittel ausmacht, besteht aus 50 Prozent Deutsch, 25 Prozent Französisch und 25 Prozent Englisch. Die Promotionssumme ist mit dem aktuellen Promotions- und Übertrittsreglement nicht die alleine ausschlaggebende Messlatte, die über Promotion, Nicht-Promotion oder provisorische Promotion entscheidet. Vielmehr ist die Gesamtschätzung der Schülerin oder des Schülers durch die Lehrperson massgeblich zu berücksichtigen. Mit den Pädagogischen Kommissionen wurde erörtert, ob eine rasche Anpassung des Promotions- und Übertrittsreglements im Sinn des Verzichts auf die Promotions-wirksamkeit des Fremdsprachenunterrichts sinnvoll ist. Dies wurde abgelehnt – unter anderem aufgrund der Befürchtung, dass in der Folge die Fremdsprachen mit weniger Ernsthaftigkeit unterrichtet bzw. gelernt würden. Von einem Ausschluss der Promotionswirksamkeit des Fremdsprachenunterrichts in der Primarschule soll abgesehen werden.

Die Beurteilung / Promotion im Fremdsprachenunterricht führt dann zu Schwierigkeiten, wenn Methodik und Didaktik nicht zeitgemäss sind. Dies ist leider noch verbreitet im Französischunterricht in der Primarschule der Fall. Die Französisch unterrichtenden Primarlehrpersonen wurden im Jahr 2008 zu wenig gründlich auf die Promotionswirksamkeit dieser Fremdsprache vorbereitet. Die Einführung des neuen Lehrplans sowie die Einführung des neuen Französisch-Lehrmittels «dis donc!» per Schuljahr 2017/18 machen es möglich und nötig, damalige Defizite zu überwinden und die Lehrpersonen entsprechend weiterzubilden.

Mit Blick auf das neue Beurteilungskonzept der Volksschule ist das Promotions- und Übertrittsreglement Gegenstand einer generellen Überprüfung. Diese Überprüfung betrifft indessen nicht einzelne, sondern grundsätzlich die Gesamtheit der Fächer.

3. Die Regierung steht der Einführung von Wahlpflichtfächern in der Primarschule skeptisch gegenüber. Solche würden einen organisatorischen und finanziellen Mehraufwand sowohl auf der Mittelstufe als vor allem auch auf der Oberstufe bedeuten. Es wäre sicherzustellen, dass die Schülerinnen und Schüler die obligatorische Schulzeit nicht mit ungleichen Chancen für die nachobligatorische Laufbahn verlassen, die ihre Wurzeln in der Primarschule haben und entsprechend gravierend sind. Zu diesem Zweck müssten auf der Oberstufe in Fächern, für die in der Primarschule eine Wahlpflicht statuiert worden ist, zwei Kurse geführt werden, je einer für Anfängerinnen und Anfänger sowie für Fortgeschrittene. Dies würde bei den Ressourcen (parallele unterrichtende Lehrpersonen) und stundenplantechnisch (separate Unterrichtsgefässe) zu Herausforderungen und Mehrkosten führen. In Schwierigkeiten würden insbesondere kleinere Oberstufen geraten.

Ein pädagogisch und aufwandmässig verantwortbares Wahlfachsystem setzt auf der Oberstufe an. Ein solches System ist im Kanton St.Gallen verwirklicht. Französisch ab 2. Realklasse und Englisch ab der 3. Realklasse haben derzeit den Status «Wahlfach mit Durchführungspflicht», sodass unabhängig von der Zahl der Anmeldungen alle Schülerinnen und Schüler der Realschule bis am Ende ihrer Volksschulzeit sowohl Englisch als auch Französisch belegen können.

Für den Erwerb einer zweiten oder dritten Sprache ist es im Übrigen sehr wichtig, die Erstsprache gut zu beherrschen. Kinder mit nicht deutscher Muttersprache sollen deshalb während ihrer Schulzeit auch ihre Kompetenzen in den Herkunftssprachen erweitern. Dies kann über verschiedene Massnahmen erreicht werden, die idealerweise bereits im Vorschulalter ansetzen. Für den Schulbereich gilt es, auf Angebote im HSK-Unterricht (Heimatliche Sprache und Kultur) aufmerksam zu machen sowie den Sprachen und Kulturen der Schülerinnen und Schülern wertschätzend zu begegnen.

<https://www.ratsinfo.sg.ch/home/geschaefstssuche.geschaeftdetail.html?geschaeftid=A29C0FD4-1843-41D8-8441-4C8F7AAE7265&ziel=1>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

20 Minuten, 06.03.15; Im letzten Schuljahr wird gechillt

Die Leistungen von Schweizer Schülern lassen im letzten Jahr oft nach – weil sie ihren Lehrvertrag schon in der Tasche haben. Jetzt werden Massnahmen gefordert.

Viele Schüler haben gegen Ende der Schulzeit keine grosse Lust mehr, sich noch für gute Schulnoten einzusetzen. Das zeigt eine aktuelle Studie der Pädagogischen Hochschule Graubünden, wie das SRF-Regionaljournal berichtet.

«Wir haben von mehreren Lehrpersonen gehört, dass sich die Schüler ausklinken, sobald sie ihren Lehrvertrag unterzeichnet haben», sagt Studienleiter Oscar Eckhardt. Das Problem beschränkt sich aber nicht auf das Bündnerland, sondern betrifft auch andere Kantone.

Neuntes Schuljahr als «Häng-Jahr»

«Es ist uns bekannt, dass manche Schülerinnen und Schüler nach der Vertragsunterzeichnung nicht mehr sehr motiviert sind, für die Schule zu arbeiten», sagt Simone Strub vom Bildungsdepartement des Kantons Aargau. Nicht anders klingt es in Bern: «Tatsächlich klagen bei uns Lehrpersonen, das 9. Schuljahr sei für viele ein Häng-Jahr», sagt Ueli Dürst vom Bildungsdepartement. In den Kantonen Zürich und St. Gallen beobachtet man Ähnliches.

Das Problem könnte sich in Zukunft sogar noch verschärfen. Denn seit einiger Zeit findet eine Entwicklung weg vom Lehrstellenmangel hin zum Lehrlingsmangel statt. «Das führt dazu, dass sich die Betriebe früh ihre Auszubildenden sichern wollen und ihnen aus diesem Grund bereits lange vor dem Lehreintritt einen Vertrag vorlegen», sagt Franziska Peterhans, Zentralsekretärin des Lehrerdachverband LCH. Eigentlich sei es so, dass vor dem November keine Lehrverträge abgeschlossen werden dürfen. «Diese Regelung wird aber oft einfach ignoriert.»

Eine Abschlussprüfung gegen das Motivationsloch

Die schlechten schulischen Leistungen im Abschlussjahr spüren aber auch die Lehrmeister. «Wir hören oft von Betrieben, die sich beklagen, dass sie ihren Auszubildenden zu Beginn der Lehre erst einmal wieder die Basics beibringen müssen», sagt Hans-Ulrich Bigler vom Schweizerischen Gewerbeverband. Dies könne natürlich nicht sein. So machen die Lehrkräfte in der Studie auch mehrere Vorschläge, wie dem Problem begegnet werden kann:

Abschlussprüfung: Eine Möglichkeit wäre, dass jeweils am Ende der Schulzeit in der Sekundarschule eine Prüfung bestanden werden muss, ähnlich wie an den Gymnasien.

Wahlfächer: Das vermehrte Angebot von Wahlfächern im letzten Schuljahr würde es den Schülern erlauben, sich mit Themen auseinanderzusetzen, die sie wirklich interessieren. Diejenigen, die bereits eine Lehrstelle haben, könnten sich ausserdem vertieft mit Dingen beschäftigen, die sie auch in ihrem späteren Beruf brauchen können. «Wenn beispielsweise jemand eine Lehre im Pflegebereich machen wird, ist es natürlich unsinnig, wenn er sich vier Stunden pro Woche mit Vektorgeometrie beschäftigt», so Bigler. Stehe aber jemandem eine Ausbildung als Hochbauzeichner bevor, könnte ihm dies sehr viel bringen.

Zeugnisse an Lehrbetrieb: Wenn die Schüler ihr letztes Schulzeugnis bei ihrem künftigen Lehrbetrieb abliefern müssten, könnte das laut der Studie ebenfalls ihre Motivation stärken. Dies geschieht heute schon häufig. Die UBS fordert beispielsweise ihre zukünftigen Lehrlinge immer dazu auf, ihre letzten Zeugnisse einzuschicken. Ebenfalls gibt es Firmen, die den ersten Lehrlingslohn vom letzten Schulzeugnis abhängig machen.

<http://www.20min.ch/schweiz/news/story/28870832>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 7. März 2015, Rauchzeichen aus Nidwalden

In der nationalen Debatte um den Unterricht der Landessprachen stellt Nidwalden am Wochenende entscheidende Weichen: Es wäre bereits der dritte Kanton, der Französisch aus der Primarschule verbannt. Der Bund verfolgt die Entwicklung mit Argusaugen.

Wie auch immer die Nidwaldner Stimmbürgerinnen und Stimmbürger am Wochenende entscheiden: Sie werden Zeichen setzen, sowohl für die Gegner als auch für die Befürworter von zwei Fremdsprachen in der Primarschule. Der Entscheid von Nidwalden sei nicht unwichtig, sagt die Thurgauer SVP-Nationalrätin Verena Herzog, treibende Kraft hinter den Bemühungen zur Abschaffung von Frühfranzösisch in ihrem Kanton. Herzog will ein allfälliges Nidwaldner Ja aber nicht als Absage an den Französischunterricht verstanden wissen. «Es wäre vielmehr ein Zeichen für die Einsicht, dass zwei Fremdsprachen in der Primarschule der falsche Weg sind. Wesentlich ist nicht, welche Sprache zuerst kommt. Wesentlich ist, dass nur noch eine Fremdsprache unterrichtet wird und sich der Unterricht wieder mehr auf Deutsch und Mathematik konzentriert.»

Stattdessen Sprachtausch

Tatsache ist allerdings, dass in Nidwalden sehr wohl die Bedeutung des Französischunterrichts zur Debatte steht. Nicht Frühenglisch, sondern Frühfranzösisch soll abgeschafft und auf die Sekundarschulstufe verschoben werden – der Nidwaldner Bildungsdirektor verspricht im Gegenzug obligatorischen Sprachtausch. Diese Entwicklung beunruhigt den Freiburger Bildungspolitiker und SP-Nationalrat Jean-François Steiert. Heute schere mit den Kantonen Uri und Appenzell Innerrhoden ein kleiner Teil des Landes aus dem geltenden System aus, morgen komme mit Nidwalden vielleicht ein weiterer hinzu, und übermorgen könnten es dann plötzlich noch mehr sein. «Jeder weitere Kanton macht die Lage kritischer. Nidwalden könnte all den anderen Kantonen, in denen ähnliche Vorstösse hängig sind, als Zeichen dienen.»

Vorstösse häufen sich

Die Vorstösse zur Abschaffung von Frühfranzösisch häufen sich in der Tat: In Luzern wurde im September eine entsprechende Volksinitiative eingereicht, im November folgte Graubünden. Im Thurgau ist es das Parlament, das die Regierung mit einer entsprechenden Gesetzesvorlage beauftragt hat, in Schaffhausen ebenfalls, und im Kanton Baselland ist ein Postulat hängig, welches das Pflicht- zum Wahlfach machen will. In anderen Kantonen wiederum wurden Abschaffungsbestrebungen vom Parlament gebremst, so in St. Gallen, Bern, Solothurn und Obwalden. Und dann gibt es natürlich die Gegenbewegung aus der Westschweiz: So wollen die Parlamente der Kantone Genf, Neuenburg, Jura, Wallis und Freiburg sowie auch das baselstädtische, dass ihre Regierungen beim Bund zugunsten der Landessprachen intervenieren. Einen solchen Schritt behält sich der Bundesrat vor, wenn sich die Kantone untereinander nicht einigen können, und für diesen Fall macht auch die Bildungskommission des Nationalrats Druck. Eine von Jean-François Steiert und Kathy Riklin (CVP/ZH) lancierte Kommissionsinitiative verlangt, dass der Unterricht in einer zweiten Landessprache spätestens zwei Jahre vor Ende der Primarschule beginnen muss. Eine zweite Kommissionsinitiative aus der Feder des Zürcher Grünliberalen Thomas Weibel verlangt sogar, dass als erste Fremdsprache eine



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Landessprache unterrichtet werden muss. Damit käme Französisch vor Englisch, was in den Deutschschweizer Kantonen mit Frühenglisch wohl kaum Chancen hat.

Eingriff des Bundes verhindern

Die Bildungskommission des föderalistisch gestimmten Ständerats schiebt die Initiativen im Moment noch vor sich her; ein von ihr bestellter Bericht aus dem Bundesamt für Kultur (BAK) bekräftigt aber, dass der Bundesrat den Kantonen vorschreiben könnte, dass die Kinder bereits in der Primarschule eine zweite Landessprache lernen müssen. Nicht vorschreiben dürfte er, mit welcher Sprache begonnen werden muss. Die Konferenz der Bildungsdirektoren der Kantone (EDK) will ein Eingreifen des Bunds in die Sprachenfrage möglichst verhindern – nicht zuletzt deshalb, weil eine entsprechende Gesetzesvorlage referendumspflichtig wäre und der Schweiz damit eine unschöne Auseinandersetzung bevorstünde. Die EDK arbeitet im Moment an einer Bilanz zur Harmonisierung des Volksschulunterrichts, die am 1. Juli vorgestellt werden soll. Bis zum Herbst soll auch die Evaluation des Fremdsprachenunterrichts in der Innerschweiz abgeschlossen sein. Vielleicht sagen sich angesichts dieses Zeitplans die Nidwaldner am Wochenende, dass der Moment für eine Revolution schlecht gewählt ist.

SVP macht Kehrtwende

Überraschend hat übrigens die SVP ihre Liebe zur Sprache der Romands entdeckt, obwohl es ausgerechnet ihre Vertreter sind, die in den Kantonen für die Abschaffung von Frühfranzösisch weibeln; der Nidwaldner SVP-Bildungsdirektor Res Schmid ist das beste Beispiel dafür. Neu steht im Parteiprogramm, dass die Landessprache beim Fremdsprachenunterricht zu bevorzugen sei. Der Freiburger François Steiert quittiert die «Wende um 180 Grad» mit einem müden Lächeln. Die SVP habe einfach gemerkt, dass sie es sich nicht leisten könne, in einem Wahljahr die identitäre Schiene zu verlassen.

<http://www.tagblatt.ch/aktuell/schweiz/tb-in/Rauchzeichen-aus-Nidwalden;art120101,4151790>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Tagblatt, 7. März 2015, **Trotz Information bleiben Fragen zum Lehrplan 21**

RORSCHACH. War der Lehrplan 21 vor einigen Jahren noch eine Ideensammlung, hat sich das Projekt nun in einem ausgearbeiteten Plan manifestiert. Doch sind bei der Bevölkerung noch viele Fragen offen. Und auch mit Kritik wird nicht gespart. Deshalb organisierte die Rorschacher FDP am Donnerstag einen Informationsanlass im «Stadthof». Es referierten Gäste aus dem Lehrerberuf und der Regierung. In Anbetracht des zukunftssträchtigen Themas enttäuschte die geringe Teilnehmerzahl. Familien waren so gut wie keine anzutreffen, vor allem junge Eltern scheinen sich für den Lehrplan 21 nicht zu interessieren.

Es gibt keinen Grund zur Panik

Die wenigen Anwesenden wurden nichtsdestotrotz von Raphael Frei, Präsident der FDP Rorschach und Oberstufenlehrer sowie Schulleiter begrüsst. Seiner Meinung nach ist der neue Lehrplan etwas Gutes, und die Kritik verstehe er nicht wirklich. Mit diesen Worten leitete er zum Kurzvortrag von Nathalie Meier-Schneider über, ihres Zeichens Oberstufenlehrerin und Präsidentin der kantonalen Reallehrerinnen und Reallehrerkonferenz St. Gallen. Auch Meier-Schneider äussert sich positiv darüber, wie sich das Projekt entwickelt hat. «Es wurden am Anfang viele Unwahrheiten vermittelt», sagt sie. Aber es habe nie einen Grund gegeben, in Panik zu geraten, denn der Unterricht werde nicht völlig umgekrempelt.

Apéro statt offene Fragerunde

Ins gleiche Horn bläst Regierungsrat Stefan Kölliker. Auf die Einzelheiten des Lehrplans ist er in seinem Vortrag nicht gross eingegangen. Einige Zuhörer begannen nervös auf ihren Stühlen hin und her zu rutschen. Fragen schienen ihnen unter den Nägeln zu brennen. Und wie versprochen gab es nach den drei Ausführungen, wie effizient in den vergangenen Jahren gearbeitet wurde, eine Fragerunde. Doch diese wurde bald wieder unterbrochen, mit den Worten von Raphael Frei: «Gehen wir jetzt zum Apéro über.»

<http://www.tagblatt.ch/ostschweiz/stgallen/rorschach/tb-ot08/Trotz-Information-bleiben-Fragen-zum-Lehrplan-21;art2889,4151814>



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Ostschweiz am Sonntag, 8.3.15

Schulen müssen ihre Stundenpläne anpassen

SEBASTIAN KELLER

Derzeit passen die Ostschweizer Kantone den Lehrplan 21 an die kantonspezifischen Bedürfnisse an. Einführen wollen sie ihn alle zu Beginn des Schuljahres 2017/2018. In diesem laufenden Prozess macht sich deutlich, dass sich die Schulen in der Deutschschweiz zwar annähern, aber nicht gleichgeschaltet werden.

Der Lehrplan 21 wird den Schulunterricht nicht total umkrempeln. «Viele Schülerinnen und Schüler werden im täglichen Unterricht kaum merken, dass ihre Lehrpersonen ei-

nen erneuerten Auftrag bekommen haben», sagt die Thurgauer Erziehungsdirektorin Monika Knill. Und doch gibt es Änderungen: die Fächer werden neu benannt, die Stunden tafeln angepasst. Das wirkt sich auf jeden Stundenplan aus.

Im Kanton St.Gallen läuft derzeit eine Vernehmlassung zum Thema Lehrplan. Darin ist für die Landeskirchen ein brisanter Punkt enthalten, der ihre künftige Rolle in den St.Galler Schulzimmern definiert. Nun kämpfen die Kirchen gemeinsam dafür, dass sie nicht an Präsenz in den Schulen einbüßen. ▶ SEITEN 2+3

Vors



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Ostschweiz am Sonntag, 8.3.15

Der vieldiskutierte Lehrplan 21 erfindet die Schule nicht neu. Doch er bringt Änderungen mit sich.

Der neue Routenplaner für die Volksschule

SEBASTIAN KELLER

Er stellt die Schule nicht auf den Kopf, bringt aber Veränderungen mit sich: der Lehrplan 21. Mit diesem stimmen 21 Kantone ihre Volksschulen, vom Kindergarten bis zur Oberstufe, ab. Der Lehrplan soll beispielsweise die Mobilität erleichtern: Wenn eine Familie von der Zentral- in die Ostschweiz zügelt, sollen die Schulkinder sich schneller im Unterricht an der neuen Schule zu rechtfinden als heute. Der Lehrplan ist, seit die 21 Kantone daran arbeiten, ein Reizthema; es hagelte politische Vorstösse zwischen Neuenburger- und Bodensee. Als bürokratisches Monster, fürchteten die einen, könnte er die Schüler überfordern. Doch die Schulverantwortlichen in den Kantonen beruhigen: Auf einen Schülerpult gehört der Lehrplan nicht – vielmehr dient er den Lehrerinnen und Lehrern, den Schulen und den Behörden als Planungsinstrument: Lehrmittel sollen auf dessen Basis erstellt werden. Die Thurgauer Erziehungsdirektorin Monika Knill nennt ihn «einen aktualisierten Routenplaner für die gesamte Wegstrecke Volksschule».

Seit November 2014 arbeiten die Kantone daran, den Lehrplan 21 auf die kantonalen Begebenheiten anzupassen wie ein Änderungsschneider eine Hose ab Stange. Einführen wollen ihn die vier Ostschweizer Kantone auf das Schuljahr 2017/2018. Wobei für die Einführung mehrere Jahre vorgesehen sind.

«Schüler werden es kaum merken»

Die Schule ist nach dem Lehrplan 21 nicht eine völlig andere. Norbert Senn, Leiter des Volksschulamtes des Kantons Appenzell Aargau, sagt: «Die Lehrperson wird weiterhin in erster Linie für den Lehr- und Lernerfolg der Schülerinnen und Schüler entscheidend sein.» Die Thurgauer Erziehungsdirektorin Monika Knill sagt es so: «Viele Schülerinnen und Schüler werden im täglichen Unterricht kaum merken, dass ihre Lehrpersonen einen erneuerten Auftrag bekommen haben.» Der Kanton Thurgau führt nächsten Frühling eine Vernehmlassung zu den kantonalen Eigenheiten des Lehrplans durch. Der Kanton Appenzell Ausserrhodens hat diese Phase eben abgeschlossen. St. Gallen steckt mittendrin. Das St. Galler Bildungsdepartement fragt beispielsweise, ob man damit einverstanden sei, dass die Deutschschweizer Basisschrift die neue Schulschrift sein soll.

Verein versucht zu verhindern

Keine Freude am neuen Lehrplan hat der Verein für eine starke Volksschule St. Gallen. Er versucht, dessen Einführung zu verhindern. Direkt geht das zwar nicht. Der Lehrplan ist kein Gesetz, das mit demokratischen Instrumenten bekämpft werden kann. Der Erziehungsrat erlässt ihn, die Kantonsregierung genehmigt ihn. Und doch hat der Verein zwei Volksinitiativen aufgelegt, die den Weg ebnen sollen. Eine Initiative zur Änderung des Volksschulgesetzes hatte die Regierung für ungültig erklärt. Darauf-

hin reichte das Initiativkomitee beim Verwaltungsgericht Beschwerde ein. Dort ist der Fall derzeit hängig. Ein Beratungstermin steht noch nicht fest, wie das Gericht auf Anfrage bestätigt. «Angesichts der wachsenden Opposition und hängender Initiativen wäre die Regierung gut beraten, die Einführung des Lehrplans 21 zu verschieben», sagt Michael Fitzi, Präsident des Vereins. Der Kanton denkt aber nicht daran. Bildungsdirektor Stefan Kölliker machte diese Woche in Rorschach deutlich: der Lehrplan werde eingeführt, auch wenn die Initiative zustande käme und an der Urne erfolgreich wäre. Für diese Initiative, die auf den HarmoS-Ausstieg abzielt, sammelt der Verein derzeit Unterschriften. Damit soll erreicht werden, dass nicht mehr zwei Fremdsprachen in der Primarschule unterrichtet werden. Die Frist für 4000 Unterschriften läuft am 7. April ab. «Es sieht positiv aus», sagt Fitzi, ohne genaue Zahlen zu nennen.



St. Gallen setzt auf neue Schulschrift



Ein Blick auf die Lektionstafel zeigt, dass mit dem neuen Lehrplan die Schülerinnen und Schüler nicht mehr oder weniger lang als heute zur Schule gehen müssen. Die Lektionstafel zeigt aber auch: Schüler der dritten Primarklasse dürften in Zukunft zwei Lektionen mehr zur Schule, dafür müssten sie in der dritten Sekundarklasse zwei Stunden weniger die Schulbank drücken. Das Amt für Volksschule gibt auf Anfrage an, dass genügend Zeitgefässe zur Verfügung stehen, um den Lehrplan umzusetzen. Es kommt aber zu kleineren Verschiebungen zwischen den Fächern. Beispielsweise soll im dritten Oberstufenjahr eine Lektion Natur und Technik weniger unterrichtet werden; dafür sieht die Lektionstafel für den ganzen Fachbereich Natur, Mensch und Gesellschaft mehr Lektionen in den sechs Primar-

schuljahren vor. Im Fach Deutsch in der 1. Klasse ist eine Wochenlektion weniger vorgesehen, dafür in der 4. Klasse wieder eine mehr. Im Bereich Medien und Informatik werden neue Inhalte aufgenommen. Das führt vor allem auf der Mittelstufe zu einer stärkeren Gewichtung dieses Fachbereichs, heisst es in einem Papier des kantonalen Amtes für Volksschulen. Mit dem Lehrplan 21 hält der neue Fachbereich Wirtschaft, Arbeit, Haushalt Einzug in die St. Galler Oberstufen. Gleichzeitig mit der Einführung des neuen Lehrplans soll auch eine neue Schulschrift in die St. Galler Schulen eingeführt werden: die Deutschschweizer Basisschrift, die eine Mischung zwischen Schnürl- und Blockschrift ist. Es heisst, dass sie leicht zu einer verbundenen, persönlichen Handschrift weiterentwickelt werden kann. Damit würde die Schnürlschrift, die heute gelehrt wird, nicht mehr unterrichtet werden. (se.b.)

Thurgauerlied bleibt erhalten



Der Kanton Thurgau führt im nächsten Frühling eine Vernehmlassung zu den kantonalen Rahmenbedingungen des Lehrplans durch. Erziehungsdirektorin Monika Knill kann jetzt schon sagen: Es komme mit dem neuen Lehrplan nur zu leichten Verschiebungen innerhalb der Stundentafel; an der totalen Unterrichtszeit sollte sich nichts ändern. «Der Lehrplan 21 setzt neue Akzente im Fachbereich Natur, Mensch und Gesellschaft, was in den Stundentafeln berücksichtigt werden muss», sagt Knill. Von einer spürbaren Änderung spricht die Erziehungsdirektorin im Zusammenhang mit dem Lemmedium «Thurgau, du Heimab», das derzeit erarbeitet wird. Dieses digitale Lehrmittel werde eine Vielzahl Thurgauspezifischer Themen zur Bearbeitung in allen Klassen enthalten. Auch das Thurgauerlied findet

sich in diesem Lehrmittel. Ferner erwähnt Monika Knill die Modullehrpläne Berufliche Orientierung und Medien und Informatik, für welche Zeitgefässe zur Verfügung gestellt werden müssen. Der Kanton Thurgau plant, den Lehrplan für alle Klassen der Volksschule gleichzeitig ab Schuljahr 2017/2018 einzuführen. Ausgenommen davon sollen die beiden letzten Klassen sein, die bald die Schule beenden. Diese sollen nach den heute geltenden Lehrplänen unterrichtet werden. Die grösste Änderung bringt nicht der Lehrplan mit sich, sondern ein politischer Vorstoss: Das kantonale Parlament, der Grosse Rat, hiess vergangenen Sommer eine Motion gut, die den Französischunterricht von der Primar- auf die Sekundarschule verschieben will. Damit lernen die Thurgauer Schüler aller Voraussicht nach frühestens ab August 2017 Französisch erst ab der siebten und nicht wie heute ab der fünften Klasse. (se.b.)



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 St. Gallen
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Ostschweiz am Sonntag, 8.3.15

Weniger Kochen in Ausserrhoden



Was sich mit dem Lehrplan 21 im Kanton Appenzel Ausserrhoden ändert: die Bezeichnung der Fachbereiche. Der Bereich Mensch und Umwelt heisst neu Natur, Mensch, Gesellschaft. Aus Lebenskunde wird Ethik, Religionen, Gemeinschaft.

Aus Sport wird Bewegung und Sport. Diese Bezeichnungen sollen auch im Zeugnis so abgebildet werden. Die Gesamtunterrichtszeit und die Anzahl Pflichtstunden werden beibehalten, schreibt das Amt für Volksschule und Sport in einem Vernehmlassungspapier. Zu leichten Verschiebungen kommt es innerhalb der Stundentafel aber trotzdem: So soll in der fünften Klasse für das Modul Medien und Informatik bei der Mathematik eine Stunde abgezackt werden. Im siebten und achten Schuljahr soll eine Lektion weniger Französisch, dafür eine Lektion mehr

Deutsch unterrichtet werden. Englisch soll während dieser zwei Schuljahre auch eine Lektion weniger unterrichtet werden. Für den Unterricht in Räume, Zeiten, Gesellschaft, der die heutigen Fächer Geographie und Geschichte umfasst, soll in den zwei ersten Oberstufenjahren eine Lektion mehr eingesetzt werden. Auch in den Ausserrhoder Oberstufen hält der Bereich Wirtschaft, Arbeit, Hauswirtschaft Einzug. In diesem Fach ist das heutige Fach Hauswirtschaft integriert; der Teilbereich Mahlzeiten-Zubereitung, also das Kochen, soll gegenüber heute reduziert werden. Die genaue Umsetzung müsse noch im Detail geklärt werden, schreibt das kantonale Amt für Volksschule und Sport im Vernehmlassungspapier. Zu klären sei auch noch die Frage, ob in der Oberstufe das Fach Latein als Wahlfach angeboten werden soll. Heute ist es den einzelnen Schulen überlassen, dieses Wahlfach anzubieten. (seb.)

Weiterhin nur Frühenglisch in Innerrhoden



Der Kanton Appenzel Innerrhoden will den Lehrplan 21 möglichst 1:1 übernehmen. Das sagt Norbert Senn, Leiter des kantonalen Volksschulamtes. «Kantonale Eigenheiten werden aber sicherlich in einer noch zu definierenden Form ein-

fließen.» Bei den obligatorischen Fächern, Mathematik und Deutsch beispielsweise, hält sich der Kanton an den Lehrplan, den 21 Kantone gemeinsam erarbeitet haben. Das Freifachangebot werde aber auch künftig in Absprache mit den Schulen und der Landesschulkommission erfolgen. Norbert Senn rechnet nicht damit, dass Innerrhoder Schülerinnen und Schüler zukünftig mehr oder weniger Unterrichtslektionen besuchen müssen. Derzeit sei die Stundentafel, welche die Basis für die Stundenpläne bildet, in Arbeit. Die Stundentafel soll zu einem späteren Zeitpunkt einer kan-

tonalen Vernehmlassung unterzogen werden. In einem zentralen Punkt hält der Kanton Appenzel Innerrhoden aber an seiner heutigen Praxis fest: beim Fremdsprachenunterricht. Im kleinsten Ostschweizer Kanton lernen Schülerinnen und Schüler seit dem Schuljahr 2001/2002 ab der dritten Klasse Englisch - Französisch kommt erst ab der siebten dazu. Der Lehrplan 21 sieht aber zwei Fremdsprachen in der Primarschule vor. Dazu sagt Norbert Senn: «Die Sprachkompetenz unserer Schülerinnen und Schüler am Ende der obligatorischen Schulzeit in einer zweiten Landessprache und einer weiteren Fremdsprache ist für uns entscheidend.» Der Weg dazu solle den Kantonen offen bleiben. Dieser Meinung ist auch der Thurgauer Grosse Rat. Im Kanton Nidwalden entscheiden die Stimmberechtigten heute an der Urne, ob sie es beim Fremdsprachenunterricht den Innerrhodern gleichtun wollen. (seb.)



Starke Volksschule St. Gallen

Bahnstrasse 19, 9422 Staad
sekretariat@starkevolksschulesg.ch
www.starkeVolksschuleSG.ch

Ostschweiz am Sonntag, 8.3.15

Landeskirchen kämpfen um Platz in den St. Galler Schulen

SEBASTIAN KELLER

ST. GALLEN. Wissen über verschiedene Religionen: das soll die Schule gemäss Lehrplan 21 den Schülerinnen und Schülern vermitteln. Der Kanton St. Gallen will aber auch mit dem neuen Lehrplan am konfessionellen Religionsunterricht festhalten. Er reserviert der Evangelisch-reformierten und der Katholischen Landeskirche Zeit im Stundenplan, damit sie religiöse Kompetenzen vermitteln können. Heute besuchen die Schulkinder eine Lektion interkonfessionellen Unterricht, lernen verschiedene christliche Konfessionen kennen. In einer zweiten – ebenfalls durch die Landeskirchen finanzierten – Lektion setzten sie sich mit dem eigenen christlichen Glauben auseinander. Beide Lektionen können auch Klassenlehrpersonen erteilen, die im Rahmen ihrer Ausbildung ein Zusatzfach belegt haben. In der Oberstufe besuchen die Jugendlichen entweder den kirchlichen Religionsunterricht oder das schulische Fach Ethik.

Zwei Varianten in der Vernehmlassung

Für die geplante Einführung des Lehrplans 21 auf das Schuljahr 2017/2018 hat das Bildungsdepartement zum Thema Religionsunterricht zwei Varianten in die Anhörung geschickt. Variante A sieht vor, das Fach Ethik, Religionen und Gemeinschaft (ERG) aus dem obligatorischen Teil des Unterrichts herauszulösen und daraus ein Wahlpflichtfach mit einer Wochenlektion zu machen. Die Schüler müssten sich zwischen einer Lektion «ERG Schule» und einer Lektion «ERG Kirche» entscheiden. Die Landeskirchen verantworten das Fach «ERG Kirche» ökumenisch. Ein Schüler aus katholischem Elternhaus besucht das Fach «ERG Kirche»; ein Mädchen hinduistischen Glaubens

eher «ERG Schule». Für evangelische oder katholische Kinder käme in der Primarschule eine Lektion Religionsunterricht dazu. Bei Variante B, die in der Vernehmlassung zur Debatte steht, findet die Vermittlung religiöser Inhalte nicht als eigenständiges Fach, sondern im Rahmen des allgemeinen ERG-Unterrichts statt. Wer einer Landeskirche angehört, besucht zusätzlich – je nach Klasse – bis zu zwei Lektionen Religionsunterricht, die von der jeweiligen Landeskirche angeboten wird. Wenn diese Lektion ausserhalb der Blockzeiten stattfände, hätten Kinder anderer Glaubensgemeinschaften frei.

Kirchen stehen zusammen

Die beiden Landeskirchen stehen gemeinsam für die Variante A ein, bei der sie das Fach Ethik, Religionen und Gemeinschaft unterrichten. «Das ist eine saubere Lösung», sagt Martin Schmidt, Präsident der Evangelisch-reformierten Kirche des Kantons St. Gallen. Damit könne die Kirche ihre Erfahrungen und Kompetenzen weiterhin für den Staat einbringen, die über das Vermitteln von Bibelwissen hinausreiche. Das sieht auch die Katholische Landeskirche so, sagt Filippo Niederer, Leiter des Amtes für Katechese und Religionspädagogik im Kanton St. Gallen. Wenn eine Katechetin, eine Religionslehrerin, das Fach Ethik, Religionen und Gemeinschaft unterrichte, sei transparent, dass sie dies aus christlicher Optik mache. Niederer betont: «Die Landeskirchen sind theologisch einschätzbar.» Mit der Variante B wären die Kirchen nur noch für den Religionsunterricht in der Schule zuständig, sie verlören an Präsenz in den Schulen. Die Kirchen befürchten, dass Eltern ihre Kinder vermehrt von diesem Fach abmelden, damit diese mehr Freizeit haben. Vor allem dann, wenn dieser Unterricht ausserhalb der Blockzeiten – frühmorgens etwa – angesetzt würde.